

Refugees Welcome?

Fast überall, wo Flüchtlinge ankommen, bilden sich Initiativen, die sie unterstützen. Der Ruf nach Aufnahmekonzepten und aktiver Integration wird lauter. Viele Kommunen sind bemüht und bereit dazu. Gleichzeitig plant die Bundesregierung die Verschärfung des Aufenthaltsrechts, in Europa schieben sich die Staaten weiter gegenseitig die Verantwortung zu. Es ist noch viel zu tun, bis Flüchtlinge bei uns wirklich willkommen sind.

Günter Burkhardt

In Deutschland ist die Solidaritätsbewegung für Flüchtlinge so groß wie noch nie. Auch viele Kommunen bemühen sich redlich, Flüchtlinge gut aufzunehmen. Doch nahezu überall mangelt es an Mitteln und langfristig angelegten Konzepten. Notlösungen und die Unterbringung in großen Gebäudekomplexen sind an vielen Orten die Regel. Gerade diese Lager werden zur sichtbaren Zielscheibe von Attacken rassistischer eingestellter Gruppen. Gezielt schüren sie Stimmung gegen Flüchtlinge. Angeblich besorgte Bürger, oft Funktionäre rechtsextremer Parteien, versuchen Bürgerversammlungen zu instrumentalisieren. Rassistische Denkmuster und Ressentiments sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Hieran wollen Rechtsextreme anknüpfen.

Im Windschatten der so genannten Pegida-Demonstrationen tobte der Mob. Es scheint, als ob Tabus gefallen sind. Auf Parolen wie »das wird man doch noch sagen dürfen« folgten Taten, oft kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit. Tatsächlich gibt es eine drastische Zunahme von Übergriffen und Straftaten gegen Flüchtlinge. Flüchtlinge leben oft in Angst. In der Öffentlichkeit wurde dies wenig wahrgenommen – stattdessen beherrschte eine nebensächliche Frage die Diskussion: »Soll man mit Pegida-Anhängern reden oder nicht?« Wo blieb die öffentlichkeitswirksame Solidarisierung mit Flüchtlingen? Welche Politiker haben Flüchtlinge besucht? Wer hat mit denen geredet, die im Windschatten der rassistischen Hetze in Angst in Unterkünften verharrten? Willkommenskultur, die in dieser Republik oft verkündet wird, sieht anders aus.

Refugees Welcome! Das ist das Motto des diesjährigen Tags des Flüchtlings. Es drückt die Haltung vieler Menschen in unserer Gesellschaft aus und ist gleichzeitig ein Appell an die Politik auf europäischer, Bundes-, Landes- und lokaler Ebene: Flüchtlinge sind keine Last, ihre Aufnahme ist eine Herausforderung – eine lösbare! Es geht um die Grundlagen unserer Gesellschaft, um die Menschenrechte. Sie gelten absolut und unwiderrufbar. Dazu gehört auch, dass niemand in Situationen abgeschoben wird, wo Folter oder unmenschliche Behandlung drohen. Dieses individuelle Recht ist zu achten – sei es an Europas Grenzen oder in Deutschland. Willkommen sind hier vor allem diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Flüchtlinge aber haben ein Recht zu kommen und zu bleiben – unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen. Doch nicht alle Schutzbedürftigen erhalten das ihnen zustehende Recht. Hürden gibt es viele. Aus gutem Grund fordern PRO ASYL, Flüchtlingsräte und Verbände eine Bleiberechtsregelung für alle Geduldeten, die seit langem hier sind.

VERSprochen UND NICHT GEHALTEN

Am 3. Dezember 2014 beschloss das Kabinett den Gesetzentwurf zum Bleiberecht und zur Aufenthaltsbeendigung. Angeblich zielt er darauf ab, Geduldeten, die sich integriert haben, ein Bleiberecht zu gewähren. Der Innenminister formulierte: »Ihr seid in Deutschland willkommen.« Doch das Kleingedruckte gibt Anlass zur größten Besorgnis. Das Aufenthaltsverbot für abgelehnte Asylsuchende ist eines davon. Wer als Asylsuchender gekommen ist und nach Ablehnung des Asylantrages nicht ausgereist ist, kann mit dem neu geschaffenen Instrument des Aufenthaltsverbots gequält werden. Behörden können nach eigenem Ermessen solch ein Aufenthaltsverbot verhängen. Dann darf kein Aufenthaltstitel er-



Foto: Rasande Tyskar unter © creativecommons.org

teilt werden. Damit wird dann aber die vorgesehene dauerhafte Bleiberechtsregelung ausgehebelt.

Alle, die heute die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen, achtjähriger Aufenthalt, Sicherung des Lebensunterhalts u. a., werden zwar grundsätzlich Chancen auf einen legalen Aufenthalt haben. Doch wie ist es mit denjenigen, die künftig einreisen? Schon jetzt werfen manche Behörden Flüchtlingen nach eigenem Gutdünken die Täuschung der Identität, das Vernichten von Papieren, das Verschleiern des Reisewegs vor. Das Instrument des Aufenthaltsverbots sperrt dann den Weg zu einem legalen Aufenthalt. Es wird zwar befristet, aber die Frist läuft erst dann, wenn der Betroffene ausge-reist ist – hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Gegenwärtig ist offen, ob der Bundestag den vorliegenden Gesetzentwurf so korrigiert, dass das Versprochene gehalten wird: Eine stichtagsabhängige, auch für künftig Einreisende greifende Bleiberechtsregelung.

ALLES ANDERE ALS WILLKOMMEN

Das Bleiberecht, so es denn kommt, wird teuer erkaufte werden. Wer aus einem anderen EU-Staat einreist, soll künftig inhaftiert werden können. PRO ASYL warnte bereits nach Bekanntwerden der Pläne im Mai 2014 vor einer ausufernden Inhaftierung. Der Bundesinnenminister verwahrte sich und formulierte: »In den Regeln der sogenannten Abschiebehaft liegt keinerlei Verschärfung« (ARD Morgenmagazin, 08.05.2014). Seitdem wird um Formulierungen gerungen. Heute müssen wir feststellen: Worte haben sich geändert, die Wirkung des Gesetzes soll bleiben.

Die Inhaftierung nahezu jedes Asylsuchenden, der über einen anderen EU-Staat einreist, droht. Die Regierung legt sich Instrumente zurecht, die sie im Bedarfsfall anwenden kann. Angesichts jahrelang verstärkter Abschottung hat nur, wer sich die Flucht erkaufen kann, eine

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge 2014

Rassistische Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen sind in Deutschland alltäglich

- 77 Übergriffe auf Flüchtlinge
- 35 Brandanschläge auf Unterkünfte
- 118 Sachbeschädigungen an Unterkünften
- 256 Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen

Statistisch gesehen ...
 ... finden jede Woche drei Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt
 ... werden jeden Monat mehr als sechs tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge verübt

GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

ARASIO ANTONIO STIFTUNG
 PRO ASYL
 DER EINZELFALL ZÄHLT

Chance, sich in Sicherheit zu bringen. Und genau dies – die Zahlung einer Geldsumme – soll künftig ein Haftgrund sein. »Die Argumentation der Bundesregierung ist zynisch.« Nur selten stimmt PRO ASYL Innenministern zu. Diese Aussage des niedersächsischen Innenministers Pistorius teilen wir jedoch voll und ganz.

Haft ist einer der massivsten Eingriffe in die Menschenrechte. Jetzt sollen ausufernde Haftgründe im Gesetz verankert werden, Gummiparagraphen als Generalklauseln, wonach die Behörden extrem große Handlungsspielräume haben. Das Innenministerium scheint den menschenrechtlichen Maßstab verloren zu haben. Flüchtlinge haben oft Furchtbares erlitten, auch in EU-Staaten. Ihre Flucht ist kein Verbrechen, sie müssen geschützt werden. Es gehört sich nicht, Schutzbedürftige zu inhaftieren und rigoros zurückzuverfrachten.

Neu geschaffen wird auch das Instrument des so genannten Ausreisegewahrsams. Die Wortwahl darf über eines nicht hinwegtäuschen: Es geht um Haft. Bis zu

vier Tage sollen Menschen inhaftiert werden können, um sie abzuschieben, z.B. an den Flughäfen. Wenn Abschiebungen scheitern, sollen Betroffene trotzdem in Haft bleiben – ohne dass ein Verschulden des Flüchtlings für das Scheitern der Abschiebung vorliegt. PRO ASYL und Wohlfahrtsverbände sind sich in ihren Analysen einig: In dieser Fassung ist das Gesetz unverhältnismäßig und inakzeptabel.

EINWANDERUNGSGESETZ

Parallel zur Debatte über ein Einwanderungsgesetz migrierten einige tausend Menschen aus dem Kosovo nach Deutschland. Die Politiker waren sich einig, dass dies gestoppt werden muss. Kaum jemand interessierte sich ernsthaft für die Frage, warum Menschen aus den Balkanstaaten oft keinen anderen Ausweg als den Weg über das Asyl sehen. PRO ASYL hat schon in den 1990er Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass völlig unabhängig von einem Asylrecht Deutschland und die anderen Länder der Europäischen Union Einwanderung aktiv gestalten sollten. Dies gilt insbesondere auch für das Kosovo. Wie sollen in einer

kleinen Region Hunderttausende auf Dauer »eingesperrt« leben, ohne Arbeit, ohne ökonomische Existenzmöglichkeiten, ohne Möglichkeit, in die Nachbarregionen Europas, in denen Arbeitskräfte oft gesucht werden, auszuwandern? Ein Neuanfang in der europäischen Politik gegenüber den Balkanstaaten ist erforderlich: Ernsthafte Bemühungen, sie ökonomisch an Europa heranzuführen, müssten begleitet werden von der Möglichkeit für Auswanderungswillige, in einem anderen Staat Europas neu anzufangen. Es macht keinen Sinn, dass die einzige Möglichkeit für diese Menschen die Stellung eines Asylantrags ist.

Um nicht missverstanden zu werden, muss eines deutlich hervorgehoben werden: Unverändert sind Minderheiten im Kosovo wie auch in anderen Balkanstaaten in einer existenzgefährdenden Situation. Es gibt gute Gründe zu fliehen und

hier einen Antrag auf Schutz zu stellen. Beim Recht auf Asyl darf es keine Abstriche geben. Die pauschale Ablehnung der Asylanträge von Menschen aus bestimmten Herkunftsländern als offensichtlich unbegründet, ohne genaue Betrachtung des Einzelfalls, ist unter menschenrechtlichen und politischen Gesichtspunkten inakzeptabel. PRO ASYL bleibt bei der Ablehnung des Konzepts der sicheren Herkunftsländer.

REFUGEES WELCOME – AUCH AN EUROPAS GRENZEN?

Die Nachbarregionen Europas sind so instabil wie nie. Millionen Menschen sind auf der Flucht, ein Teil von ihnen versucht, Deutschland zu erreichen, vor allem Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak, deren Angehörige in Deutschland leben. Die Bundesrepublik hat rund 20.000 Flüchtlingen aus Syrien die Einreise er-

möglicht – mehr sollen es nicht werden ungeachtet der Tatsache, dass rund 60.000 Antragsteller keine Chance auf Einreise haben. Die Flüchtlinge sollen möglichst dort bleiben, wo sie sind. Sie sind willkommen, solange sie nicht kommen.

Vorrangig fällt der Politik ein: Mauern bauen, Grenzkontrollen verstärken und die rechtlichen Hürden gegenüber Einwanderung und Flucht nach Europa erhöhen. Hierzu scheint jedes Mittel recht zu sein. Darüber darf auch nicht die Aufnahme von bislang rund 20.000 Flüchtlingen aus Syrien hinwegtäuschen.

IN EINER WOCHE – MEHR ALS 300 TOTE

Nur flüchtig nahm die europäische Öffentlichkeit eine der größten Flüchtlingskatastrophen der letzten Jahre wahr. In der Woche ab dem 8. Februar 2015 starben mehr als 300 Menschen auf dem Mittelmeer – wieder einmal. Mehr als 3.000 waren es im Jahr 2014. Konsequenz und hartnäckig weigern sich die EU-Staaten, eine Seenotrettung einzurichten. Das Provisorium, die Seenotrettungsaktion der italienischen Marine, wurde beendet. An vorderster Front der Kritiker stand der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. »Mare Nostrum war als Nothilfe gedacht und hat sich als Brücke nach Europa erwiesen«, kritisierte er in einem Schreiben an die EU-Kommission.



■ Postkarte zum Tag des Flüchtlings, kostenlos bestellbar unter www.proasyl.de

Es folgte eine Grenzschutzaktion in unmittelbarer Küstennähe. Statt auf die Einrichtung einer europäischen zivilen Seenotrettung setzten die europäischen Staaten auf Abwehr. Der großartige Beitrag Deutschlands zu diesem Programm heißt Stellung eines einzigen Hubschraubers, der angeblich auch für Seenotrettung geeignet ist – das war's.

Italien klagt zu Recht, dass es mit der Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, alleingelassen wird und vor allem: Die Anschlussfrage wird nicht gestellt. Wer ist denn verantwortlich dafür, dass die Asylanträge von aus Seenot Geretteten geprüft werden? Rund 170.000 Menschen sind nach Angabe der EU-Kommission 2014 über das Mittelmeer nach Italien geflohen. Soll Italien hierfür allein die Verantwortung tragen? Warum sollen Flüchtlinge nicht in die Staaten weiterreisen, in denen ihre Communities oder Angehörige leben? Mit hoher Energie weigern sich Deutschland und andere Staaten, die Asylzuständigkeitsverordnung Dublin III zu verändern. Über 9.000 Flüchtlinge wollte das BAMF 2014 allein nach Italien rücküberstellen – völlig ungeachtet der Tatsache, dass sie dort in Obdachlosigkeit und Elend stranden.

Völlig absurd wird das europäische Asylsystem, wenn man die Fluchtbewegung über das östliche Mittelmeer betrachtet. Mehr als 40.000 angeblich illegale Migranten sind über die Ägäis geflohen. Die griechische Regierung hat in den letzten Jahren – ungeachtet der Kritik von PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen – ihre Grenzen dichtgemacht. Jahrelang wurde in Griechenland, wer es über die türkisch-griechische Grenze schaffte, rigoros inhaftiert oder sogar unter Missachtung europäischen Rechts zurückgewiesen. Die neue Regierung hat angekündigt, diese Praxis zu ändern. Wir alle müssen uns die Frage stellen: Was würde denn geschehen, wenn Griechenland den Worten Taten folgen ließe? Der Weg für Flüchtlinge, vor allem aus Syrien über das zentrale Mittelmeer wird zunehmend schwieriger, die Situation in

**Warum fliehen Menschen?
Wie viele Flüchtlinge gibt es und woher kommen sie?
Was passiert an Europas Grenzen?
Wie läuft das Asylverfahren in Deutschland ab?**

Mit der PRO ASYL-Ausstellung »Asyl ist Menschenrecht« können Vereine, Organisationen, Bildungseinrichtungen oder andere in ihren Räumen über das Thema Flucht, Asyl und Menschenrechte informieren. Die Ausstellung besteht aus 26 Din-A1-Plakaten. Sie kann für 60 Euro zzgl. 12,50 EUR Verpackung & Versand in Plakatrollen bei PRO ASYL erworben werden.



■ Unterstützt wird das Projekt von der IG Metall, dem DGB, Brot für die Welt, der Diakonie Hessen, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

Libyen und Ägypten instabiler. Der Weg über die Türkei ist der nahezu einzige Fluchtweg. Sollen dann etwa Hunderttausende Menschen im verarmten Griechenland aufgenommen werden? In Deutschland beruhigt der Innenminister das Gewissen. Deutschland wird auch im Jahr 2015 nicht nach Griechenland abschieben. Doch reicht dies aus? Die nord-europäischen Staaten müssten Flüchtlingen aus Griechenland die Weiterreise ermöglichen und selbst die Asylverfahren durchführen.

Das ursprüngliche Ziel von Dublin III war: Jeder Asylsuchende soll das Recht auf ein faires Verfahren in einem europäischen Staat haben. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Jeder Staat in Europa ver-

sucht, Flüchtlinge möglichst schnell wieder loszuwerden, abzuschieben, abzu drängen an den nächsten Staat. Dagegen rührt sich Widerstand, viele Flüchtlinge wollen aus nachvollziehbaren Gründen in Deutschland bleiben. Unter dem Motto »Wir treten ein« hat PRO ASYL eine Kampagne gestartet. Das Ziel: Menschen sollen dort ihren Asylantrag stellen dürfen, wo sie möchten. Dafür braucht es noch viel Widerstand, viel Engagement, viel praktische und konkrete Kritik. Refugees Welcome! Bis Flüchtlinge in Europa wirklich willkommen sind, ist es noch ein weiter Weg. ♦